



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Bundeskanzler  
Olaf Scholz MdB  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**Friedrich Merz MdB**  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 227-74401  
friedrich.merz@cducsu.de

Berlin, 9. Februar 2024

**Alexander Dobrindt MdB**  
Vorsitzender der  
CSU im Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 227-77490  
alexander.dobrindt@cducsu.de

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir wenden uns in großer Sorge um die Lage der deutschen Wirtschaft an Sie und die von Ihnen geführte Bundesregierung. Wir appellieren an Sie und die gesamte Bundesregierung, noch im ersten Quartal des laufenden Jahres wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die deutsche Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet.

Die wirtschaftlichen Aussichten für unser Land trüben sich im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe um 1,5 Prozent. Allein in der energieintensiven Industrie ging die Produktion im Dezember 2023 im Vergleich zum Vormonat um weitere 5,8 Prozent zurück. Der Kapitalabfluss aus Deutschland ist seit dem Jahr 2022 so groß wie nie zuvor und hält im Jahr 2024 weiter an. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Unserem Land drohen Wohlstandsverluste in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Diese Entwicklung ist Ihnen und der Bundesregierung bekannt.

Neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen notwendig, um den Standort Deutschland zu sichern und zu stärken. Dazu zählen aus unserer Sicht insbesondere folgende Maßnahmen:

- (1) Die Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 % des Bruttoarbeitslohns wieder einzuführen;
- (2) Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen;
- (3) Die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Jahr für Rentner steuerfrei zu stellen;

(4) Stärkere Sanktionen für verweigerter Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug einzuführen;

(5) Steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen. Sowohl der Bundesfinanzminister als auch der Bundeswirtschaftsminister haben steuerliche Entlastungen für Unternehmen in Aussicht gestellt. Wenn diese Ankündigungen der beiden Minister Ihres Kabinetts abermals folgenlos bleiben, wird dies zu einer weiteren Verunsicherung und Frustration bei vielen Unternehmen führen. Deshalb braucht es jetzt eine spürbare Senkung der Belastung der Unternehmen, etwa über eine Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende (thesaurierte) Gewinne auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent;

(6) Die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Minimum zu senken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte zu halbieren;

(7) Die Steuererhöhungen für Landwirte vollständig zurückzunehmen;

(8) Mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, indem eine Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung;

(9) Das Vorhaben „Europäische Lieferkettenrichtlinie“ zu stoppen und die Anwendung des deutschen Lieferkettengesetzes auszusetzen und zu überarbeiten;

(10) Den mit den Ländern vereinbarten Pakt für Planungsbeschleunigung, bis Ostern zu verabschieden. Zusätzlich sollte eine Genehmigungsfiktion bei Planungs- und Genehmigungsverfahren eingeführt werden: Wenn ein genehmigungsfähiges unternehmerisches Vorhaben nach 3 Monaten nicht von den zuständigen staatlichen Behörden beschieden worden ist, so gilt es als genehmigt;

(11) Eine solche Genehmigungsfiktion auch in das Baurecht für den privaten und gewerblichen Wohnungsbau einzuführen, denn damit könnte der Wohnungsbau in Deutschland schneller aus der Krise herauskommen;

(12) Ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht.

Auch haushaltspolitisch wäre ein wirksamer Wachstumsimpuls positiv. Wenn Deutschland ein Wachstum wie der Durchschnitt der Eurozonen-Länder hätte, wären damit deutliche Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro verbunden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diese Maßnahmen in der nächsten Sitzungswoche des Deutschen Bundestags zur parlamentarischen Beratung einbringen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, im Interesse der Sicherung unseres Wohlstandes und nicht zuletzt im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Wirtschaftsstandorts Deutschlands rufen wir Sie dazu auf, sich diesem Paket an Sofortmaßnahmen anzuschließen und hierfür die nötige Einigkeit innerhalb Ihrer Koalition herzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Friedrich Merz MdB  
Fraktionsvorsitzender



Alexander Dobrindt MdB  
Vorsitzender der CSU im Bundestag